



## Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at  
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 1 / April 2022

www.prodemokratie.com



Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, ein Verstoß gegen das Völkerrecht und das Minsker Abkommen, ist entschieden abzulehnen. Wir rufen Russland auf, den Krieg sofort zu stoppen und seine Truppen aus der Ukraine abzuziehen.

## Schluss mit dem Krieg in der Ukraine!

**Friedenspolitik statt Kriegshysterie und Krieg!**

Für ÖSTERREICH heißt das gerade jetzt:

**JA zur Neutralität und wirklicher Neutralitätspolitik**

**NEIN zur Kriegshetze oder gar Kriegsbeteiligung – weder an der Seite von EU / USA / NATO, noch an der Seite von RUSSLAND, CHINA oder anderer Großmächte!**

**Gegen die Kriegstreiber in Ost und West!**

**NEIN zur Beteiligung Österreichs an der EU-Aufrüstung!**

**NEIN zu einem NATO-Beitritt Österreichs!**

**JA zur aktiven, immerwährenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Neutralität Österreichs!**

# Krieg in der Ukraine

(Redaktionsschluss dieses Beitrages: 17.3.2022)

**Der Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und das Minsker Abkommen und ist entschieden abzulehnen. Wir rufen Russland auf, den Krieg sofort zu stoppen und seine Truppen aus der Ukraine abzuziehen.**



Russlands Kriegshandlungen sind allerdings eine Reaktion darauf, dass die USA mittels der ukrainischen Regierung u.a. seit 7 Jahren das Minsker Abkommen blockiert bzw. gebrochen hat, das sowohl Russland eine gewisse Sicherheit vor Angriffen des vom Westen finanzierten ukrainischen Militär geben sollte und die unerträgliche Angriffe samt Bombardierungen auf die russische Bevölkerung (ca. 10.000 Tote seit 2014) der selbstverwalteten Gebiete von Donezk und Lugansk durch das ukrainische Heer und private Söldnertruppen stoppen sollte.

Das Minsker Abkommen, am 7.Feb.2015 vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen, enthält u.a. klare Bestimmungen bezüglich der Ukraine und den Selbstverwaltungsgebieten Donezk und Lugansk wie z.B. „Abzug aller schweren Waffen durch beide Seiten um dieselbe Distanz, um eine mindestens 50 km breite Sicherheitszone für Artilleriesysteme mit Kaliber 100 mm oder mehr, eine 70 km breite Sicherheitszone für Mehrfachraketenwerfersysteme (MLRS) und eine 140 km breite Sicherheitszone für Mehrfachraketenwerfersysteme „Tornado-S“ (Uragan, Smertsch) und taktische Raketensysteme (Tochka, Tochka U) zu schaffen...“

(file:///C:/Users/Acer/AppData/Local/Temp/nsmail.pdf?type=application/pdf Anhang 1, Punkt 2)

Die Aufrüstung der Ukraine durch USA und EU, allein ca. 20 Milliarden Dollar seit 2014, ist ein wichtiger Baustein der militärischen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, die die USA seit 1990 u.a. in Europa vorwärtstreibt, um damit Russland noch enger einzukreisen. Die USA haben seit damals 10 Länder in Osteuropa (Polen, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Slowakei, Polen, Lettland, Litauen, Estland) in die NATO aufgenommen und massiv auferüstet. Weiters hat sie in mehreren Staaten Osteuropas Mittelstreckenraketen, die auch atombestückt und auf Russland ausgerichtet sind, stationiert. Drittens hält die USA mit diesen Staaten und ihren weiteren NATO-Verbündeten, wie Deutschland, Norwegen usw. bzw. auch NATO-Partner Schweden seit Jahren regelmäßig dauerhafte und temporäre Militärmanöver zu Land und zu Wasser ab. Zuletzt fand im Mai/Juni 2021 eines der größten NATO-Kriegs-Manöver von Nord-, über Ost-bis Südosteuropa mit 28.000 Soldaten aus USA sowie aus NATO - und (Nicht-NATO) Partnerländern wie Ukraine, Georgien statt. Alle Manöver hatten Russland zum Ziel. Die US-Regierung erklärt schon seit Jahren in ihrer Militärdoktrin, dass Russland der Feind ist. Die NATO, sagte deren erster Generalsekretär, der Brite Lord Ismay schon in den fünfziger Jahren, wurde gegründet, um „die Russen aus Europa raus, die Deutschen unten und die USA in Europa drinnen zu halten“. (Pond, Elizabeth. The Rebirth of Europe, Washington D.C.: The Brookings Institution, 2002, Seite 23, „Die Welt“, 18.5.2001, Seite 8)

## Militärkonvoi der NATO fährt durch Wien. Wo bleibt Österreichs Neutralität?

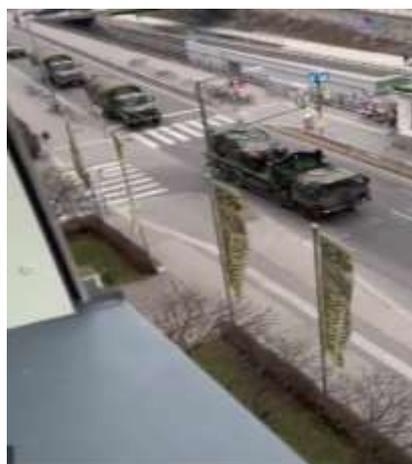


Bild: "Heute"-Leserreporter 7.3.2022

## Die Ukraine als Opfer der Globalisierung

1991 erklärte die Ukraine die Unabhängigkeit. Doch schon ein Jahr später begab sich die Ukraine in neue Abhängigkeiten: „Die ukrainische Nomenklatura ... wollte die Unabhängigkeit von Moskau und wandte sich deshalb dem Westen zu. Die ukrainische Regierung beschloss 1992 einen Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und 2004 zur Welthandelsorganisation (WTO). Die Bedingungen dafür waren die Freigabe der Preise und des Wechselkurses, die Öffnung der Grenzen für das ausländische Kapital, Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung. Die gesamte Wirtschaft des Landes wurde versteigert. Von etwa 500.000 Betrieben wurden 50 % geschlossen und die anderen von ausländischen Konzernen und inländischen Oligarchen erworben. Die neu entstandene Oligarchie wurde zu einem bestimmenden Faktor und zum hauptsächlich inneren Problem der Ukraine, weil sie auf die Politik und auch auf die Medien einen entscheidenden Einfluss ausübt. Die Kluft zwischen der Oligarchie und der Masse der Bevölkerung ist die größte in Europa. Das Ergebnis der Eingliederung des Landes in den Prozess der Globalisierung war katastrophal: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank zwischen 1991 und 2013 auf 70 %, die Stromproduktion auf 65 %, die Stahlproduktion auf 43% und die Zahl der Wissenschaftler in der Industrieforschung auf 30 %. Der Mindestlohn beträgt nach offiziellen Angaben 200 Euro (tatsächlich weniger), die Mindestrente 160 Euro (heute 80 Euro) im Monat ... (aus: <https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2014/nr-10-652014/die-strategie-der-spannung.html>).“

Das pro Kopf BIP betrug damals ca. 4.000 Dollar pro Jahr. Die wirtschaftliche Situation der Masse der Bevölkerung hat sich, soweit beurteilbar, bis heute nicht verbessert. Zuletzt betrug in der Ukraine das pro Kopf BIP ca. 3.750.- Dollar im Jahr (Februar 2022).

2022 war für März/April das NATO-Manöver „Cold Response 2022“ mit 40.000 Soldaten in Norwegen und ab Mai das Manöver „Defender Europe 2022“ mit 33.000 Soldaten in Polen und den baltischen Staaten geplant: Ziel war die schnelle Verlegung von US-Truppen über den Atlantik und ihr weiterer Vormarsch in Richtung russischer Grenze. Dazu General a.D. Ben Hodges vom Mai 2020. In dem Papier mit dem Titel „One Flank, One Threat, One Presence“ (Eine Flanke, eine Bedrohung, eine Präsenz) legt der ehemalige Befehlshaber der US-Armee in Europa Pläne dar, um in der Ostsee und im Schwarzen Meer „die Initiative zu gewinnen“. Er erklärt, wie die NATO die strategische Vorherrschaft im Schwarzen Meer erlangen könnte, indem sie Russland eine „Seeverweigerung“ auferlegen und die „Kontrolle über das Meer“ beanspruchen würde. Diesem Plan folgt offenbar die Regierung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, die vor kurzem ein Dekret (24.März 2021) zur militärischen „Rückgewinnung“ der Krim einschließlich des strategisch wichtigen Schwarzmeer-Marinehafens in Sewastopol und, wie es im Dekret heißt, der von Russland besetzten Gebiete des Donbass veröffentlicht hat.

### Kriege im Namen von Demokratie und Freiheit

Nach dem Einmarsch der russischen Armee in der Ukraine will uns US-Präsident Joe Biden die USA bzw. den Westen als Hort der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verkaufen. Welche ungeheuren Lügen werden uns da aufgetischt:

Biden sagt, „dass Amerika wieder die Welt führt“ und es nun um den Feldzug gegen Russland geht. Biden lud im Dezember 2021 sogar 110 Staatsführer zu einem virtuellen Demokratiefest ein.

Wohin führt uns J. Biden, der „Präsident der freien Welt“? In einen Krieg um noch mehr Profite, in einen Krieg um die Profite für das große Kapital, für eine Handvoll Milliardäre und ihre Vasallen. Die europäischen NATO-Partner und die gesamte EU-Führung ist ebenfalls auf diesen Zug aufgesprungen.



### Was verstehen die USA unter „Demokratie“?

Die USA führen seit Jahrzehnten überall auf der Welt Krieg, sie haben u.a. in den Ländern Korea, Vietnam (z.B. 3 Millionen Tote, 4 Millionen Menschen verstümmelt oder durch Chemikalien vergiftet), Libanon, im persischer Golf usw. blutige Kriege geführt, viele Millionen Tote, Verletzte verursacht, Vergiftung ganzer Landstriche (inkl. der Menschen) mit chemischen Kampfstoffen hinterlassen – alles im Namen der Freiheit und der Men-

## Wer zieht die Fäden

Schon 2004 bei der vom US-Milliardär Soros finanzierten „Orangen Revolution“ in der Ukraine wurde Timoschenko zur Präsidentin gemacht. Mit dubiosen Gasgeschäften und Abkommen mit Russland zu riesigem Reichtum gekommen, war sie in der ukrainischen Bevölkerung nicht sehr beliebt. Deshalb gewann Janukowitsch die letzten Wahlen 2010. Wie unpopulär die Regierung Janukowitsch auch gewesen sein mag, weggeputscht wurde sie mit Hilfe von Faschisten, Rechten und Timoschenko-Leuten. Janukowitsch wollte sowohl mit Russland als auch mit der EU -Abkommen schließen. Er weigerte sich, das gerade geschlossene EU-Abkommen zu unterzeichnen, weil dieses die Ukraine wirtschaftlich einseitig dem EU-Kapital öffnete, was den Ruin eines größeren Teils der ukrainischen Industriebetriebe mit sich bringe. Darüber hinaus sah das Abkommen EU-Truppenstationierungen in der Ukraine vor. Janukowitsch lehnte auch dies ab, weil ihm klar war, dass Russland diese Tatsache nicht einfach hinnehmen würde und dies somit wirtschaftliche Nachteile für die Ukraine zur Folge hätte. Kurz darauf kam es zum Staatsstreich!

Sowohl die USA als auch die EU unter Führung von Deutschlands SPD-Außenminister Steinmeier kooperierten, finanzierten und steuerten sogar die Rechten und Faschisten. Es begannen die von der Timoschenko-Partei und Faschisten organisierten und bewaffneten Proteste und Janukowitsch wurde weggepuscht. Der ORF machte rechtsextreme Kräfte maßgeblich für die blutige Eskalation in Kiew verantwortlich, die auch Scharfschützen auf die Straßen von Kiew geschickt haben (ORF 20. 2. 2014) . Dazu sagte der estnische Außenminister in einem Telefonat mit Cathrin Ashton, dass nach seinen Informationen die Scharfschützen, die in Kiew auf Demonstranten und Polizisten geschossen haben, von den Führern der Maidan-Bewegung angeheuert wurden! (The Guardian, 5. 3. 2014). Seit 2014 wird seitens der Regierung die Verwendung der russischen Sprache, sei es in Ämtern, sei es z.B. bei Zeitungen erschwert. Von den 40 Millionen Einwohnern der Ukraine sind 10 Millionen Russen. Seit dem Putsch haben zwar ausländische und inländische Kapitalisten in der Ukraine weiter riesige Gewinne gemacht, für die Masse der Menschen wurde die wirtschaftliche Lage jedoch immer schlechter, zuletzt betrug der durchschnittliche Monatslohn 260.- Euro!

Im Übrigen: Dem ukrainischen Innenministerium untersteht die Nationalgarde, von der zahlreiche Einheiten rechtsextrem bzw. Neonazis sind, darunter Azov - das Bataillon der weißen Rasse, kommandiert von Andrij Bilezki. Dieser beschreibt seine Ziele so: „In der Ukraine findet „ein Kreuzzug für die weiße Rasse“ statt und zwar gegen die „von Semiten geführten Untermenschen“. (<https://lowerclassmag.com/2014/08/26/rassenkrieg-fuer-europas-werte/>) U.a. diese Brigade führte seit Jahren Angriffe auf die Aufständischen in den Gebieten Donezk und Lugansk durch. Derzeit (16. 3. 2022) ist das Asow (Azov) Regiment in Mariupol eingekesselt und verwendet die Zivilbevölkerung, die fliehen will, als Schutzschild.

schenrechte. Sie haben allein in den letzten 20 Jahren Kriege gegen Bosnien, Sudan, Afghanistan, Pakistan, Irak, Libyen, Syrien, Somalia geführt und nach vorsichtigen Schätzungen 5 Millionen Tote verursacht (siehe: J. Guilliard: 20 Jahre „Krieg gegen den Terror“. Eine furchtbare Bilanz). Vom Irak ist heute bekannt, dass es dort die Massenvernichtungswaffen, die den USA als Vorwand für den Krieg gegen den Irak dienten, gar nicht gab, sie waren eine Erfindung der US-Geheimdienste. Von 1990 bis 1999 gab es einen von den USA und der EU provozierten Krieg gegen Jugoslawien, mit Bombardierung, Abspaltung und dann der völkerrechtswidrigen Anerkennung des Kosovo (2008).

### Die Konkurrenz der großen Blöcke führt zum Krieg

Die USA geraten einerseits wirtschaftlich gegenüber China schon bald ins Hintertreffen, andererseits steht die EU nicht nur in Kooperation mit den USA, sie ist auch unter der Führung Deutschlands längst nicht nur wirtschaftlich, sondern auch strategisch und militärisch der Konkurrent der USA. Russland (Militärbudget 60 Milliarden) ist den USA (Militär-

budget 700 Milliarden mit NATO- Staaten 1.000 Milliarden) völlig unterlegen, es hat jedoch Atomraketen.

### Ukraine als Aufmarschgebiet der USA/NATO

Der Rechtsputsch in der Ukraine 2013, den die USA nach eigenen Angaben mit 5 Milliarden Dollar finanziert haben, dient dazu, die Ukraine, mit 1.900 km Landgrenze (plus 300 km Seegrenze) zu Russland, als weiteres militärisches Aufmarschgebiet für USA/NATO zu installieren, um dort russische Militärkräfte längerfristig zu binden. Ziel der USA ist es u.a. die europäischen NATO-Staaten in einen neuen Krieg gegen Russland zu hetzen. Ein drittes Mal in der Geschichte sollen die Völker Europas gegen Russland ziehen, kämpfen und sterben, nicht für unsere Freiheit oder Demokratie, sondern für die Freiheit der Profite. Das neutrale Österreich, geht es nach unseren Machthabern, soll da mitmachen! Die USA als einzige Supermacht stellen den Anspruch auf die Welt-Herrschaft. Die US-Militärdoktrin besagt, wer Eurasien, den größten Kontinent der Welt mit 75% der Weltbevölkerung beherrscht, beherrscht die Welt.

## Die Folgen des Maidan-Putsches

Schon 2005 hatte der ukrainischen Außenminister der prowestlichen Timoschenko-Regierung den Abzug der russischen Schwarzmeerflotte von der Krim verlangt. Und lange vor dem Maidan-Putsch hat der ukrainische Präsident, der Milliardär Poroschenko, den USA nach dem „Ende“ des Janukowitsch-Regimes eine NATO-Marinebasis auf der Krim angeboten! Sein Vorgänger, der von der Mehrheit gewählte Janukowitsch, hatte 2010 den Vertrag mit Russland zur Stationierung der russischen Flotte bis ins Jahr 2042 verlängert. Dafür gewährte Russland der Ukraine einen Rabatt von 100 Dollar je 1.000 Kubikmeter Erdgas, d.h. ca. 3,5 Milliarden Dollar Ersparnis pro Jahr. Die russische Schwarzmeerflotte ist seit je her auf der Krim in Sewastopol stationiert, dem einzigen Hafen, der wirklich die gesamte Schwarzmeerflotte aufnehmen kann, ihr Schutz und entsprechende Logistik bietet. Das Schwarze Meer ist für Russland aus wirtschaftlichen und strategischen Gründen enorm wichtig. Es schafft den einzigen ganzjährigen Zugang zu den Weltmeeren und ist das einzige Ausfalltor aus der NATO-Einkreisung.

Für die USA ist das Schwarze Meer seit langem „ein Kernelement des strategischen Hinterlandes des Westens“- „die Nahtstelle zwischen der NATO und dem Größeren Nahen Osten“. (1) Ein geplanter NATO Stützpunkt dort hätte für Russland geostrategisch-militärisch katastrophale Folgen, würde eine direkte Bedrohung des Landes darstellen. Deswegen hat Putin als Folge des Putsches in Kiew, die Krim nach deren Annexion/Sezession und einer Volksabstimmung (93% pro-Stimmen) in Russland aufgenommen. Selbst Präsident Obama hat in einem Interview u.a. bestätigt, dass „Putin seine Entscheidungen bezüglich der Krim und der Ukraine“ getroffen hat, nachdem wir einen Deal zur Machtübergabe (in der Ukraine) ausgehandelt haben“ (2). Das heißt, selbst der US-Präsident gibt zu, dass Putin erst bezüglich der Krim reagiert hat, nachdem die USA den „Deal“ zum Staatsstreich in der Ukraine „ausgehandelt“ haben. Ein US-Informationdienst, der dem Militär und dem Geheimdienst nahesteht, sprach im Dezember 2014 in Bezug auf die Ukraine von einem von den USA dort geführten Putsch als den „unverhülltesten Staatsstreich in der Geschichte.“ (3) Im Übrigen absolvierte die NATO im März 2015 ein Seemanöver im Schwarzen Meer, an dem auch die bulgarische, rumänische und türkische Marine teilgenommen hat.

1) R.D. Asmus, Ex-Diplomat im US-Außenministerium in J. Kronauer - Junge Welt, 04. 03. 2014

2) Obama 01. 02. 2015, CNN, Fareed Zakaria, zitiert bei „Der Freitag“: H. Springstein 2.2.15, <https://www.freitag.de>

3) Georg Friedman/Stratfor, zitiert von R. Parry in: consortiumnews.com 06. 01. 2015

Russland ist der wichtigste Staat in Eurasien, er hat auch die größten Erdgas- und Erdölvorräte der Welt. Wer also Russland beherrscht, beherrscht die Welt. Z. Brzezinski, US-Außenpolitikberater vieler US-Präsidenten, verlangte im Übrigen schon 2007 den NATO-Beitritt der Ukraine um Russland zu

schwächen. Die Herrschenden in den USA sind nicht an einer Befriedung dieses Konfliktes interessiert, im Gegenteil.

Putin ist nachweisbar der Aggressor, dem nun in einer einseitigen Kampagne zugeschrieben wird, er bedrohe ganz Europa, er sei der einzige Kriegstreiber. So haben die USA nun mit Russland ein Bedrohungsszenarium, das für ihre seit langem betriebenen Aufrüstungspläne und die geplanten Kriege den idealen Vorwand liefert. Die USA führt auch einen Wirtschaftskrieg vor allem gegen Deutschland, der stärksten Wirtschaftsmacht Europas und somit ihr größter Konkurrent. Die USA hat durchgesetzt, dass Nordstream 2 nicht eröffnet wird und nun auch Nordstream 1 längerfristig abgeschaltet werden soll (Erdgas für Europa). In Abwandlung des Spruchs: „Die USA schützen Kiew bis zum letzten ukrainischen Soldaten“, könnte es heißen: „Die USA kämpfen gegen Russland bis zum letzten europäischen Soldaten“. Die Europäer, allen voran Deutschland, sollen wieder gegen Russland marschieren. Deutschland ist nun das Aufmarschgebiet und die Logistik-Zentrale der USA/NATO Manöver in Europa und hat gerade sein Militärbudget für dieses Jahr um 100 Milliarden Euro erhöht.

## Wer bedroht wen?

**Russland** ist nicht nur in Europa von USA/NATO bedroht bzw. eingekreist, sondern auch in Asien: Nehmen sie einen Atlas zur Hand und markieren sie die folgenden Länder: Japan, Südkorea, Pakistan, Usbekistan, Kasachstan, Turkmenistan, Kirgistan, Armenien, Georgien, Aserbaidshan, Türkei, Ukraine, Moldawien, und die 10 erwähnten europäischen Staaten (Polen, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Slowakei, Polen, Lettland, Litauen, Estland). In all diesen Ländern befinden sich derzeit amerikanische Militärbasen, Radarstationen, Raketenstellungen oder ähnliche militärische Einrichtungen. Fast alle diese Länder haben eine gemeinsame Grenze mit Russland. Wären die Mongolei und China auf dieser Liste, dann wäre die Einkreisung komplett.



## Die USA brauchen und wollen den Krieg

Die kapitalistische Konkurrenz führt zum Krieg. Der Krieg macht einen Teil der Reichen noch reicher,

die Völker zahlen die Zeche mit Armut, Arbeitslosigkeit, immenssem Leid, Kriegsteilnahme, das heißt mit Verletzten und Toten.

### **Hauptziel der USA ist China**

Die USA sind wirtschaftlich gegenüber China schon bald im Hintertreffen, die EU ist eine starke Konkurrenz. Militärisch sind die USA allen Konkurrenten weit überlegen, sie steuern auf den großen Krieg gegen China zu, der riesiges Elend über die ganze Welt bringen würde. Gegen Russland sollen die großen europäischen NATO–Staaten marschieren, allen voran Deutschland.

### **Und das neutrale Österreich?**

Die Bundesregierung und ein Teil der Wirtschaft wollen uns seit langem in die EU-Kriegsunion bzw. in die NATO einreihen. Wir sollen mitaufrüsten und letztlich wieder gegen Russland mitmarschieren.

Die Machthaber und ihre Medien trommeln nun auch bei uns seit Putins Krieg in der Ukraine, dass das „Ende des dreißigjährigen Friedens in Europa“ eingetreten ist. Wir sollen uns nun an noch mehr Krise, an Katastrophen und Krieg gewöhnen. Es heißt, wir müssen den Gürtel wieder enger schnallen. Wir sollen nun z.B. für Strom, Gas, Treibstoff, Weizen usw. viel mehr zahlen, während Spekulanten die Preise in die Höhe treiben und die Profite der Superreichen trotz Pandemie und Ukraine-Krieg mehr denn je steigen. Die Aktien der Rüstungskonzerne sind natürlich jetzt besonders attraktiv.

Und das neutrale Österreich soll aufrüsten! Fürs Bundesheer wurde gerade eine 67%ige Budget-Erhöhung für dieses Jahr beschlossen, von 2,7 Milliarden Euro auf 4,5 Milliarden Euro.

Und die Eingliederung des Bundesheeres in die EU/NATO-Aufmarschpläne, mit dem Ziel, wieder gegen Russland Krieg zu führen, soll intensiviert werden.

Das ist alles völlig unvereinbar mit Österreichs Neutralität! Geht es nach den Herrschenden soll Putins Krieg in der Ukraine als Vorwand dienen, dass die Völker für das westliche Großkapital, seine Multimilliardäre, gegen die Völker der östlichen Staatskapitalisten und Oligarchen in den Krieg ziehen – für noch mehr Profit fürs Kapital.

### **Die Bevölkerung Österreichs**

Die Unterstützung, das Mitgefühl, die Solidarität, die Hilfeleistungen der Österreicher\*innen für die leidgeprüfte ukrainische Bevölkerung sind groß. Leider wird das von den Regierenden des Westens, auch von unserer Regierung, dazu missbraucht, um Ängste zu schüren, um Stimmung zu machen, dass auch wir heute von Russland bedroht werden.

Damit sollen ohne Widerspruch die Kriegsvorbereitungen und eine Kriegsbeteiligung sowie die Krisenfolgen auf dem Rücken der österreichischen Bevölkerung durchgesetzt werden.

Dagegen steht: 90% der Österreicher\*innen sind, auch nach der neuesten Umfrage, für die Beibehaltung der Neutralität! Das ist auch die kollektive Erfahrung aus zwei verheerenden Weltkriegen. Österreich wird an seinen Grenzen von niemandem bedroht. Doch unsere Regierung will uns in Kriege hetzen an der Seite der USA/NATO bzw. an der Seite EU/Deutschlands, das ist mit unserer Neutralität völlig unvereinbar!

Deswegen redet Bundeskanzler Nehammer zwar noch von der Neutralität, doch gleichzeitig betreibt er ihre Demontage! Vom EU-Gipfel in Versailles (10. bis 11.März 2022) berichtet er stolz, dass die NATO-Staaten der EU nun auch Österreich militärischen Beistand leisten werden. Das ist, zusammen mit der Teilnahme unseres Heeres an den EU/NATO Aufmarschübungen, eine gefährliche Drohung. Das macht uns direkt zu einem Angriffsziel und zieht uns in künftige Kriege hinein. Das bringt unser Land in wirkliche Gefahr. Das ist ein Bruch der Neutralität!

Österreichs immerwährende Neutralität ist Sand im Getriebe der Kriegstreiber von USA, NATO, GB, EU, Frankreich und Deutschland.

- Unsere Neutralität ist die Voraussetzung für die größtmögliche Sicherheit gegen militärische Aggression, ist die Voraussetzung, dass wir nicht wieder in Aufrüstung und Krieg hineingezogen werden.
- Setzen wir uns für die vollständige Wiederherstellung, Beibehaltung und Ausbau der immerwährenden Neutralität ein!
- Das ist in unserem und unserer Kinder vitalem Interesse!
- Lassen wir uns nicht durch eine beispiellose Kriegspropaganda aufhetzen, zum Mitmarschieren missbrauchen. Lassen wir uns nicht für einen Krieg für die Reichen, der Superreichen, für geo-politischen Einfluss und Absatzmärkte missbrauchen.

**NEIN zur Kriegshetze oder gar Kriegsbeteiligung – weder an der Seite von EU / USA / NATO, noch an der Seite von RUSSLAND, CHINA oder anderer Großmächte!**

**Gegen die Kriegstreiber in Ost und West!**

**NEIN zur Beteiligung Österreichs an der EU-Aufrüstung - Raus aus EU-PESCO!**

**NEIN zu einem NATO-Beitritt Österreichs!**

**Für die aktive, immerwährende politische, wirtschaftliche und militärische Neutralität Österreichs!**

## Schluss mit dem Krieg in der Ukraine!



Demonstration: **Schluss mit dem Krieg in der Ukraine** – Für die Neutralität statt Kriegsverpflichtung – Wien, 13. März 2022

Wir „Gewerkschafter\*Innen gegen Atomenergie und Krieg“ beteiligten uns aktiv an der Demonstration mit Transparenten, einem Flugblatt (siehe Cover) und einem Redebeitrag (siehe: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)).



EU-Eingreiftruppe:

## Österreichs Beteiligung daran ist neutralitätswidrig!

Unsere Regierenden reden zwar von Neutralität und Frieden, bereiten aber entgegen der Neutralität Österreichs die Bevölkerung derzeit täglich auf künftige Kriege, EU-Aufrüstung und NATO-Einbindung, für indirekte oder gar direkte Kriegsbeteiligung gegen Osten vor.

Jüngstes Beispiel: Stolz verkündet Bundesheerministerin Claudia Tanner, dass Österreich an der neuen EU-Eingreiftruppe, die 2025 mit 5.000 Soldat\*innen starten soll, teilnehmen wird. Forsch sagt Tanner, dass dabei die Neutralität nicht im Wege stehe und verwies auf die Teilnahme an den EU-Battle-Groups. Damit rechtfertigt Tanner einen Neutralitätsbruch mit dem nächsten und nennt das „neutralitätskonform“ und „friedenssichernd“.

Das ist brandgefährlich und eine Verhöhnung von Demokratie und Bevölkerung. Denn gerade aktuell sind 90% für die Neutralität, 70% gegen eine EU-Armee oder Beteiligung der EU an Kriegen und 85% gegen einen NATO-Beitritt. Und der Kern der Neutralität ist eben die NICHT-TEILNAHME an der Vorbereitung und Teilnahme an Kriegen!

\*

Preiswucher:

## Krisen- und Kriegsgewinnler schröpfen statt die Bevölkerung!

Derzeit machen Energiekonzerne und Energiehändler, Versicherungen, Banken und Konzerne riesige Gewinne, Extraprofite und zahlen der Reihe nach Superdividenden an die Reichen aus.

Die Regierung spricht von „Entlastung“ der Bevölkerung, doch diese macht nicht einmal die Hälfte der diesjährigen Belastung für die Haushalte aus. Besonders betroffen davon sind die 1,5 Millionen Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben. Sie, die auf jeden Cent angewiesen sind, erhalten vom sogenannten „Teuerungsausgleich“ im Verhältnis am wenigsten. Die Regierung ist treffsicher für die Reichen. Die arbeitenden Menschen zahlen die Superdividenden der Reichen, die die Regierung schützt.

# Atomkraftwerke dienen seit 70 Jahren der militärischen Nutzung der Atomindustrie

*„In der sich verschärfenden Diskussionen über wirksamen Klimaschutz wird sowohl in Deutschland als auch in Europa und weltweit die Atomkraft als ‚saubere Energie‘ ins Spiel gebracht. Vor diesem Hintergrund analysiert dieser Bericht ihre historischen, gegenwärtigen und zukünftigen Kosten und Risiken. Die Ergebnisse zeigen, dass Atomkraft aufgrund radioaktiver Strahlung für über eine Millionen Jahre mitnichten als ‚sauber‘ bezeichnet werden kann, sondern für Mensch und Umwelt gefährlich ist. Zudem fallen hohe Risiken bezüglich Proliferation an. Eine empirische Erhebung aller jemals gebauten 674 Atomkraftwerke zeigt, dass privatwirtschaftliche Motive von Anfang an keine Rolle gespielt haben, sondern militärische Interessen. Selbst bei Vernachlässigung der Kosten für den Rückbau der Atomkraftwerke und die langfristige Lagerung des Atommülls wären rein privatwirtschaftliche Investitionen in Atomkraftwerke mit hohen Verlusten verbunden – im Durchschnitt knapp fünf Milliarden Euro pro Kraftwerk, wie eine betriebswirtschaftliche Simulation zeigt. In Ländern, in denen noch Atomkraftwerke gebaut werden, wie etwa China und Russland, spielen private Investitionen auch keine Rolle. Atomkraft ist zu teuer und gefährlich und daher keine Option für eine klimafreundliche Energieversorgung.“* (Zitat aus:

[https://www.researchgate.net/publication/334746127\\_Zu\\_teuer\\_und\\_gef%C3%A4hrlich\\_Atomkraft\\_ist\\_keine\\_Option\\_f%C3%BCr\\_eine\\_klimafreundliche\\_Energieversorgung](https://www.researchgate.net/publication/334746127_Zu_teuer_und_gef%C3%A4hrlich_Atomkraft_ist_keine_Option_f%C3%BCr_eine_klimafreundliche_Energieversorgung)

Die EU will mit **der Lüge, Atomkraft sei eine saubere Energie**, erhebliche Laufzeitverlängerungen für ihre AKWs und den Neubau von über 100 Atomkraftwerken bis 2050 beschließen, bzw. aus dem EU-Budgets bis 2050 ca. 750 Milliarden Euro von unseren Steuergeldern der AKW-Industrie in den Rachen werfen, ca. 2 Milliarden Euro pro Jahr. Da, wie wir wissen, AKWs äußerst gefährlich, nicht beherrschbar sind, die Zwischen- und Endlagerung bis heute nicht gelöst ist und wenn überhaupt, dann mit ungeheuren weiteren Kosten wiederum von unseren Steuern bezahlt werden soll, stellt sich die Frage, wieso überhaupt seit 50 Jahren AKWs gebaut werden.

**Die Antwort ist einfach, AKWs dienen und dienen der Weiterentwicklung von Atomwaffen und anderer militärischen Nutzung.**

Eine wissenschaftliche Studie der TU Berlin (B.Wealer, C. Hirschhausen, Leonhard Göke) hat 2019 dankenswerterweise gründlich alle 674 seit 1951 gebauten AKWs, die zur Stromproduktion genutzt wurden, untersucht. Die Autoren kommen unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

Seit dem Ende der 1950er Jahre war klar:

Atomkraft war nie ökonomisch wettbewerbsfähig gegenüber Kohle und Erdgas. In den Ländern, in denen es privatwirtschaftliche AKWs gab und gibt, wurden mit Hilfe hoher Subventionen privatwirtschaftliche Energieunternehmen für die Entwicklung und den Betrieb gewonnen.

Eine wirtschaftliche Nutzung von Atomkraft von privaten, nicht staatlich gestützten Investitionen gab und gibt es in keinem Atomland! Große AKW-Bauer wie Westinghouse (USA) oder Framatome (Frankreich) sind samt riesiger staatlicher Geldspritzen bankrottgegangen bzw. zahlt der Staat, oft alles.

Strom aus Atomkraft ist sehr, sehr teuer: Es gibt keine privatwirtschaftliche Grundlage für kommerzielle Atomkraft! Beim finnischen AKW Olkiluoto-3 stiegen z.B. die Kosten während des Baus von geschätzten 3 auf 11 Milliarden Euro, was Kosten von ca. 7.200 Euro pro KW bedeutet,

beim US-AKW UC Summers, Virginia, stiegen die Kosten von ca. 14 auf 29 Milliarden Dollar, was etwa. 9.400 Dollar pro KW bedeutet.

*„Eine Studie des Versicherungsforums Leipzig hat die potenziellen Prämien für eine adäquate Unfallversicherung für AKW-Betreiber ermittelt. Diese lägen zwischen vier und 67 Euro je Kilowattstunde (kWh). Zum Vergleich: Der aktuelle Endkundenpreis für Strom liegt bei ungefähr 0,30 Euro pro kWh, also um den Faktor zehn bis 200 niedriger“.*

Also Strom aus AKWs ist um das 10 fache bis 200 fache teurer als der Endkundenpreis für Strom in Deutschland derzeit.

Die externen Kosten für Lagerung von Atommüll, die bis heute nicht möglich war, sind hier

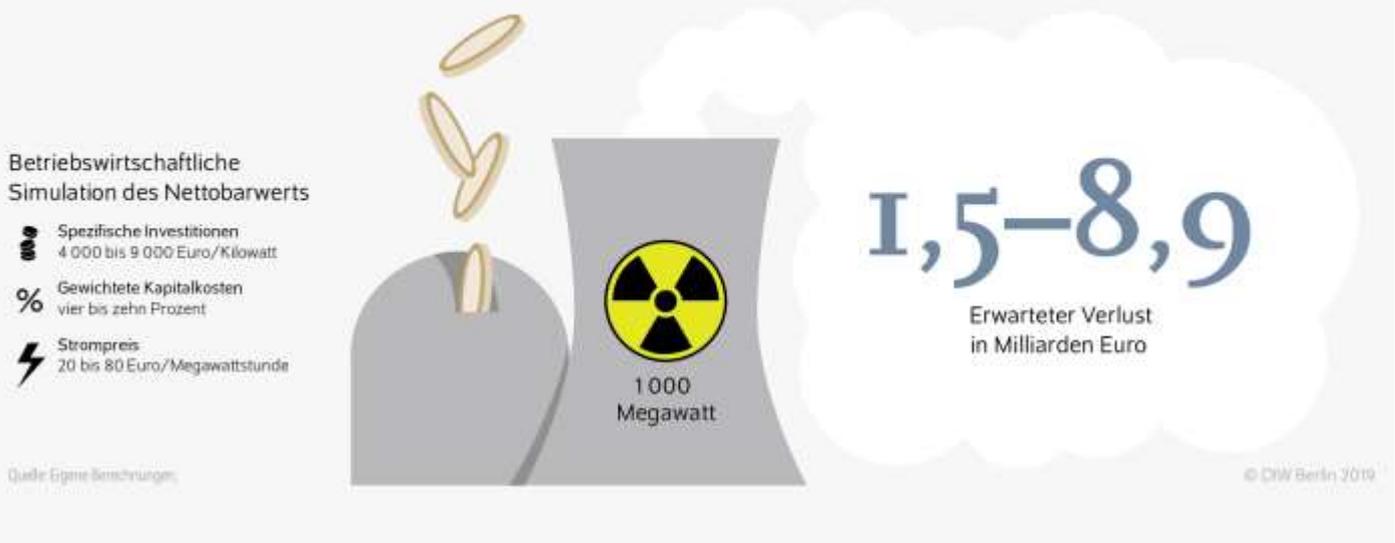
überhaupt nicht enthalten, die Gefährlichkeit der Atomkraft für Mensch und Umwelt sind der Kernkraftindustrie und ihren staatlichen Fördergebern egal. Es ging und geht um Plutonium und Uran für Atomwaffen bzw. andere militärische Entwicklungen.

Wir zahlen seit den 1950iger Jahren mit der **Lüge von der „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie** für Atomwaffen, mit denen um des Profites Willen ganze Staaten zerstört werden können und – siehe die Atomkraftwerksunfälle – schon ganze Landstriche ruiniert wurden und auch die Meere vergiftet werden.

**Das ist ein ungeheures Verbrechen an der Menschheit!**

**Keinen Euro, keinen Dollar, keinen Rubel, keinen Yen für die Atomindustrie!**

**Eine Investition in ein Atomkraftwerk ist stets privatwirtschaftlich unrentabel, egal welche plausiblen Werte für den zukünftigen Strompreis, die spezifischen Investitionen und die Kapitalkosten angenommen werden.**



## Protest zum Jahrestag des Super-GAUs von Fukushima

Gemeinsam mit der „Wiener Plattform atomkraftfrei“ haben wir am 10. März 2022 anlässlich des 11. Jahrestages des Atom-Super-GAUs von Fukushima vor dem Außenministerium vor dem Hintergrund der EU-Taxonomie-Verordnung und des Ukraine-Krieges auf die tödlichen Gefahren der Atomenergie hingewiesen: auf den Zusammenhang von AKWs und Atombomben, auf die zusätzlichen Gefahren durch AKWs bei Krise und Kriegen, auf die Lüge, dass Atomenergie ein Klimaretter sei. Anschließend zog die Demonstration durch die Innenstadt Wiens. Wir „Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg“ forderten mit unserem großen Transparent: Österreich raus aus EURATOM!

Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei



Dass die Atomkatastrophe von Fukushima noch längst nicht, eigentlich nie vorbei ist, zeigt, dass selbst nach den Atom-Betreibern, die „Aufräumarbeiten“ in den Atomruinen von Fukushima noch mindestens 40 Jahre dauern und hunderte Milliarden Euro verschlingen werden. Das sind Milliarden, die wegen der tödliche Atommafia einer menschenwürdigen Zukunft der Menschen entzogen wurden und werden. Allein dieses Jahr sollen 2 Millionen Kubikmeter radioaktiv ver-seuchtes Wasser ins Meer abgelassen werden. Japans Regierung und die internationale Atommafia-Agentur IAEA sind dafür – Mensch und Tier sind ihnen völlig egal. Hauptsache das Atomprofit-Geschäft geht weiter. Und somit muss verbreitet werden – egal wie katastrophal die Atomunfälle sind – „Wir haben selbst den größten Super-GAU im Griff“. Doch das Gegenteil

ist der Fall. Nicht zuletzt zeigen das neuerliche Erdbeben in der Region Fukushima und der Krieg in der Ukraine, welche Zeitbomben die Atomkonzerne der Menschheit aufgebürdet haben: AKWs, aus den Atombomben hervorgegangen, können wiederum Material für Atombomben erzeugen. Schon in Friedenszeiten nicht beherrschbar sind AKWs zudem in Kriegszeiten Angriffsziele und Atombomben vor Ort. Soviel auch zum so genannten „Ausweg von Atomstrom“ aus der Klimakatastrophe. Das ist kapitalistische Logik in Reinkultur: die eine vom Profitstreben verursachte Katastrophe durch eine andere ersetzen. Dagegen hilft nur Systemwechsel statt Klimawandel!

die welt des letzten  
 menschen:  
 wir arbeiten dran!  
 leere  
 der wind bläst  
 staub über  
 vertrocknetes land  
 die risse im boden  
 klaffen der  
 lobau- und viele  
 andere tunnel  
 längst eingestürzt  
 vermodernde  
 tierkadaver die straßen  
 aufgebrochen  
 kein lebewesen weit  
 und breit nicht einmal  
 eine gelse sticht den  
 letzten unserer art  
 die wälder vertrocknet  
 kein gras auf  
 verseuchtem  
 boden die quellen  
 versiegt kein regen  
 mehr gnadenlos  
 verbrennt die  
 sonne das  
 leben atmen kaum  
 noch möglich  
 der letzte von uns  
 vor dem ende rastlos  
 auf der suche nach  
 wasser auto um  
 auto leergefahren  
 noch einen  
 speicher gefunden  
 noch ein wenig leben  
 noch .....  
**Wir arbeiten  
 dran!**

Die Redaktion: Ziemlich negativ! Kannst Du nicht einen versöhnlichen Schlusssatz schreiben? Nein! Der Text wehrt sich dagegen und es sieht ja auch wirklich schlecht aus. Es geschieht nichts! Leere Worthülsen sind zu wenig!

## Klimakrise: Kein Spielraum mehr für Interpretationen

Das Echo der engagierten Fachleute auf den neuen, den sechsten Bericht des Weltklimarates ist verheerend. Der Bericht lässt keinen Spielraum mehr für Interpretationen zu. Vom UNO-Generalsekretär Guterres bis zu den verschiedenen NGOs spricht man einhellig von einer Katastrophe, die eintreten wird. Guterres wirft der internationalen Gemeinschaft einmal mehr vor, die Klimakrise immer noch nicht ernst genug zu nehmen. „Dieser Verzicht auf Führung ist kriminell!“, so Guterres, „die weltgrößten Emittenten machen sich der Brandstiftung an unserem einzigen Zuhause schuldig.“

Aber das scheint dem Kapital und seinen Profiteuren egal zu sein: Hauptsache die Kasse stimmt! Und sie sitzen ja in abgesicherten Besitzungen und halten den Klimawandel noch leicht aus. Länger jedenfalls als alle, die den Folgen direkt ausgesetzt sind und sich nicht in Sicherheit bringen können.

Die Grazer Umweltökonomin Bednar-Friedl, eine der Autorinnen des UN-Klimaberichtes, meint: Für Europa gibt es fünf konkrete Risiken: Hitze, Wassermangel, Überflutungen und Starkregen sowie Ernteausfälle.

Die wichtigsten Erkenntnisse des Klimaberichtes:

**#** Bei jeder weiteren Verzögerung von Maßnahmen wird sich das Fenster der Gelegenheit schließen, eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft für alle zu sichern.

**#** Schon jetzt ist die Hälfte der Menschheit durch den Klimawandel hochgradig

gefährdet.

**#** Durch die Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme und den wirksamen und gerechten Schutz von 30 bis 50 Prozent der Land-, Süßwasser- und Meereslebensräume der Erde kann die Gesellschaft von der Fähigkeit der Natur, Kohlenstoff zu absorbieren und zu speichern, profitieren. Eine angemessene Finanzierung und politische Unterstützung sind unerlässlich.

**#** Die Zahl der Hitzetoten in Europa dürfte sich bei einer Erwärmung um drei Grad (im Vergleich zu 1,5°) etwa verdoppeln oder verdreifachen.

**#** Bei einer Erwärmung von 2° C würden Regionen, die abhängig von Schmelzwasser sind, 20 Prozent weniger Wasser für ihre Landwirtschaft nach 2050 haben.

Es muss also jetzt sofort etwas geschehen, denn die „lange Bank ist des Teufels liebstes Möbelstück“!

**#** Die Reduzierung der Treibhausgase muss sofort gestartet werden und nicht erst in 20 oder 30 Jahren!

**#** Alle kraftstoffbetriebenen Fahrzeuge sind radikal zu reduzieren!

**#** Keine LKW-Transporte mehr, alles auf die Schiene!

**#** Maßvollerer Umgang mit den Ressourcen - „sparsamer leben“-weg von der Wegwerfgesellschaft!

**#** Weg von der Profitwirtschaft hin zu einer an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Wirtschaft! ...

... um nur ein paar von notwendigen Dingen zu nennen!

**Ein radikales Umdenken ist erforderlich! Nur so kann die rasende Fahrt in den Untergang gebremst werden!**

**Weltweiter Klimastreik am 25. März**

Am 25.03. werden wir wieder zu Tausenden auf die Straße gehen und uns für Klimagerechtigkeit einsetzen!   #PeopleNotProfit

# Eindrücke von unserer Kundgebung „NEIN zur EU-Taxonomie- Verordnung!“



Kundgebung am 17.2.22 vor dem Haus der EU /Wien.



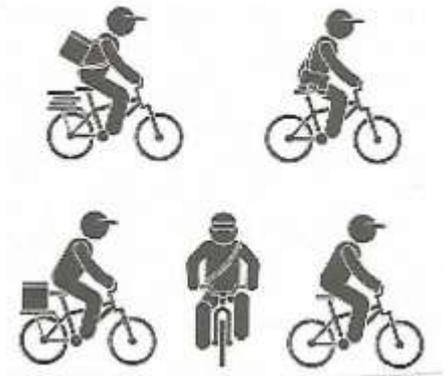
*Atomkraft ist kein Ausweg aus der Klimakatastrophe!  
KEIN Geld für die Atomindustrie!  
Raus aus EURATOM und IAEA!*

Vertreterinnen und Vertreter vieler Anti-Atom-, Anti-Kriegs-, Friedens-, Sozial-, Umwelt-, Natur- und Klimaschutzinitiativen protestierten gegen die EU-Entscheidung, Atom für „grün“ zu erklären. Das hat mit Klimaschutz nichts zu tun, sondern dient nur dazu, die Profite der Atomstrom- und Atomrüstungsindustrie abzusichern. Im Anschluss übergab eine Delegation Protestnoten an die Vertretung der EU-Kommission und des EU-Parlaments in Österreich.



Mehr Infos und Bilder unter: [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)

## Klimachance



Sonntags in Bogotá Autofreie Tage sind für uns Vergangenheit, an die sich hauptsächlich die älteren von uns erinnern! In der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá gibt es jede Woche einen autofreien Sonntag!

Von jeweils 7 bis 14 Uhr sperrt die Stadtverwaltung einige Straßen für Autos und Motorräder, für Busse und LKW's. Das Ganze heißt „La Ciclovía“, spanisch für „Fahrradweg“.

Die freien Straßen füllen sich mit Radfahrern und Inline-Skatern, mit JoggerInnen und Spaziergängern. Eine kurze Verschnaufpause für die Stadt

mit mehr als sieben Millionen Einwohnern. Begonnen hat die Aktion schon 1974 auf Initiative von Bürgern der Stadt. Die Aktion will für das Radfahren werben und schafft Gemeinschaft: An Essensständen, bei Fahrradreparaturen am Straßenrand oder beim Sport auf Plätzen entlang der Strecke.

Muy bien! Vamos Bogotá!

Quelle: DIE ZEIT

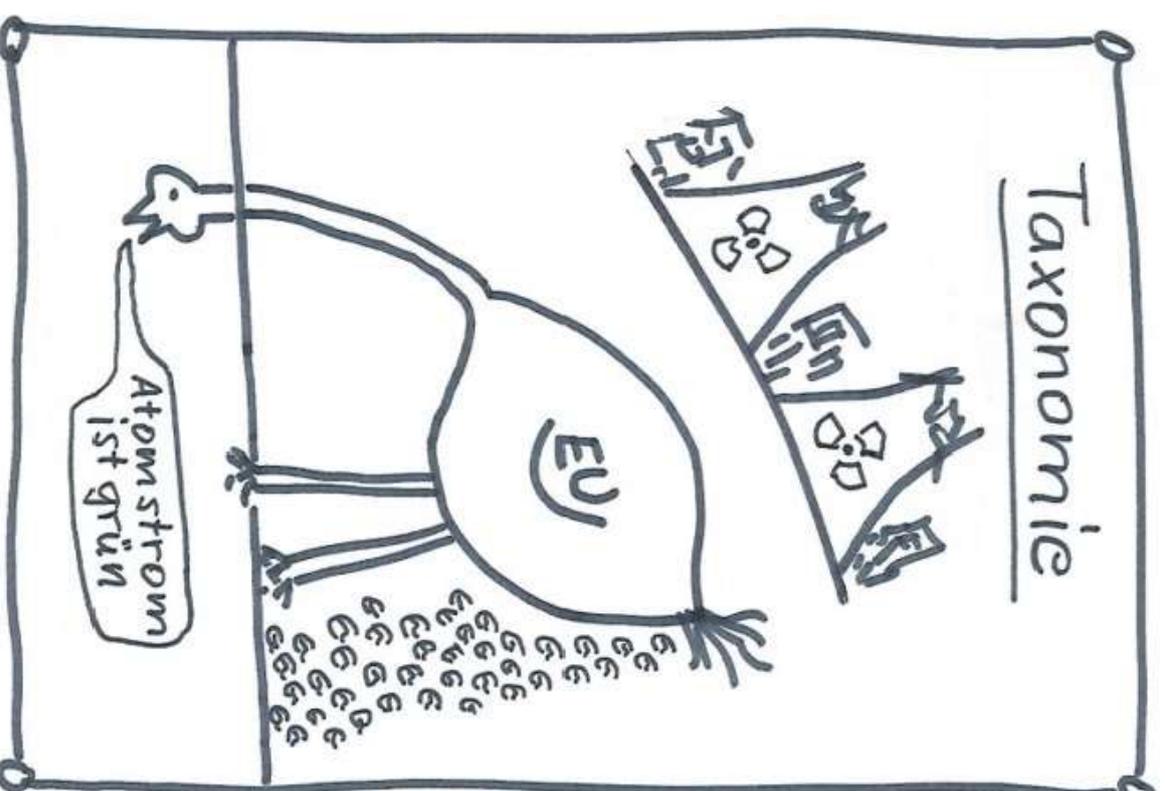
## Atomkraft ist kein Ausweg aus der

### Klimakatastrophe!

- # Es gibt keine sicheren AKW's. Siehe Tschernobyl und Fukushima!
- # AKW's verursachen radioaktiven Müll. Dieser ist für Jahrtausende gefährlich. Es gibt kein sicheres Endlager.
- # Atomkraft ist teuer. Ohne gewaltige Zuschüsse aus unseren Steuergeldern kann kein AKW gebaut oder betrieben werden.
- # Atomkraft ist weder CO2 frei noch ökologisch: Uranabbau, Transport, Bau, Rückbau und Abriss, Wasserverbrauch für die Kühlung, ...
- # Statt ungeheure Summen der Atomlobby zum Bau einer tödlichen Gefahr in den Rachen zu werfen, sollte das Geld in erneuerbare Energie investiert werden.
- # AKW's liefern Nebenprodukte für die Atomrüstung! In AKW's wird spaltbares Material für Atombomben hergestellt! Dies wird nun mit dem „grünen“ Mäntelchen noch mehr vertuscht!  
**Atomstrom ist nicht grün! Atomstrom schadet Menschen und Klimal!**



Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg  
([www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at)); Österreichisches Solidaritätskomitee  
([www.prosv.at](http://www.prosv.at)); Plattform pro Demokratie ([www.prodemokratie.com](http://www.prodemokratie.com))



Die EU stuft Atomkraft und Gas zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 als „grün“ ein (EU-Taxonomie-Verordnung). Doch:

## **Atomkraft ist kein Ausweg aus der Klimakatastrophe**

## **NEIN zur EU-Taxonomie-Verordnung**

## **KEIN Geld für die Atomstrom/Atomrüstungsindustrie**

- **Atomkraft ist gefährlich und tödlich**

Schon im Normalbetrieb setzen AKWs Radioaktivität frei. Bei AKW-Unfällen gelangen riesige Mengen an gesundheitsgefährdender bzw. tödlicher Radioaktivität in die Umgebung, wird Mensch und Umwelt vergiftet und im schlimmsten Fall die Gegend in weitem Umkreis unbewohnbar. Es gibt keine sicheren AKWs. Das zeigen die hunderten kleineren Störfälle und die folgenschweren AKW-Katastrophen von Harrisburg (USA, 1979), Tschernobyl (Ukraine, 1986) oder Fukushima (Japan, 2011).

- **AKWs verursachen Atommüll**

Durch den Betrieb von AKWs entstehen hochgiftige, radioaktive Abfälle, von denen für 10.000e Jahre Gefahr für Mensch und Umwelt ausgeht. „International gibt es bis jetzt keine praktikable Lösung, wo und wie diese Abfälle sicher gelagert werden können“ (www.enu.at - Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ, www.klimawandeln.at). AKWs hinterlassen hochgefährlichen radioaktiven Atommüll. Selbst die EU-Taxonomie-Studie spricht von etwa 250.000 Tonnen hochradioaktivem Atommüll bis ins Jahr 2100, wenn es so weitergeht wie bisher.

- **Atomkraft ist teuer**

Die Gesamtkosten von Atomstrom sind deutlich höher als bei erneuerbaren Energien. Ohne enorme öffentliche Förderungen aus unseren Steuergeldern könnte kein AKW gebaut oder betrieben werden. Atomstrom ist volkswirtschaftlich völlig unökonomisch, teurer als erneuerbare Energien. Strom aus neuen AKWs kostet durchschnittlich mehr als das Vierfache einer Kilowattstunde aus Solaranlagen oder Windturbinen – der Abriss der Meiler und die Endlagerung des Strahlenmülls nicht eingerechnet (Lazard's Levelized Cost of Energy Analysis - Version 14.0", Oktober 2020). Und die Kosten von AKW-Katastrophen? Tschernobyl: „Weltweit wurden schon 646 Milliarden Euro dafür aufgebracht ... In Fukushima wird ... die Havarie mit all ihren Folgeschäden insgesamt wohl 170 Milliarden Euro verschlingen. Längst sind noch nicht alle der 1.500 hochradioaktiven Brennstäbe geborgen“ (www.transens.de, lt. Wiener Zeitung, 11.3.2021).

- **Atomkraft ist weder CO<sub>2</sub>-frei noch ökologisch**

CO<sub>2</sub>-Emissionen entstehen beim Uranabbau und -transport, beim Bau, Rückbau und Abriss von AKWs und beim Bau und Betrieb von Atommülllagern sowie beim Transport. Für die Kühlung der AKWs werden in der EU jährlich 2,4 Mrd. Kubikmeter Wasser (= Jahresbedarf ganz Österreichs) aus Flüssen entnommen, das dann größtenteils als Dampf (= ebenfalls ein Treibhausgas) in die Atmosphäre entweicht. Auch das in die Flüsse zurückgeleitete heiße Wasser verursacht schwere ökologische Umweltschäden (www.fishlife.at)! Der Rohstoff Uran geht genauso zur Neige wie Gas oder Öl. Atomstrom ist also auch keine erneuerbare Energie!

- **Atomkraft ist keine „Brückentechnologie“ zur Klimaneutralität**

Die Errichtung neuer AKWs dauert nicht nur bis zu 20 Jahre und ist extrem teuer, sondern produziert zusätzliche Mengen an Treibhausgasen – ganz im Widerspruch zum EU-Ziel der Klimaneutralität. „Atomstrom trägt derzeit nur 2% zur Gesamtenergie weltweit bei, kann also nicht entscheidend sein ... Laut Internationaler Energieagentur (IEA) könnten zur notwendigen Absenkung der Treibhausgase 40% Energieeffizienz, 35% erneuerbare Energien beitragen und wenn man von der Kernenergieseite 5% dafür haben möchte, müsste man dafür zusätzlich 1.000 AKWs der jetzigen Größenordnung bauen – derzeit sind weltweit rund 400 AKWs, davon 111 in der EU, in Betrieb“, so der Physiker Dr. Reinhold Christian, gf. Präsident des Forum Wissenschaft & Umwelt (ORF/Ö1, 30.11.2021).

- **Warum trotzdem an Atomkraft festgehalten wird – AKWs und Atombomben sind siamesische Zwillinge**

Die Atomstromnutzung (AKWs) geht aus der militärischen Atomnutzung (Atombomben und Atomwaffen) hervor, durch AKWs kann wiederum spaltbares Material für Atombomben hergestellt werden. Schon lange, seit Beginn der Atomstromnutzung, dienen den Staaten AKWs und die Propaganda von der „friedlichen Atomnutzung“ (USA-Programm „Atoms for Peace, 1953) sowie die „Internationale Atomenergieagentur“ (IAEA) als Deckmantel, Milliarden und Abermilliarden Gelder der Steuerzahler\*innen für militärische Zwecke, für Aufrüstung und Krieg zu benutzen. Es ist kein Zufall, dass vor allem die Atommächte (in der EU die Atommacht Frankreich) an der Nutzung der Kernenergie ein besonderes Interesse haben. Atomwaffen- und Atomstromlobby ziehen an einem Strang. So dient z.B. der Bau des britischen AKW Hinkley Point C weniger der Energiegewinnung als v.a. für Atom- U-Boote, von denen nukleare Trident-Raketen abgefeuert werden können (Studie, Uni Sussex, <https://sro.sussex.ac.uk/id/eprint/63568/>).

- **Raus aus EURATOM !**

Mit dem Ökoschmäh der „klimaneutralen Atomenergie“ will die EU und ihre fest zum EU-Vertrag gehörenden EURATOM diese teuren und tödlichen Atomstrom-, Atomrüstungs- und Kriegspläne noch mehr verschleiern und somit weiterhin ermöglichen und vorantreiben. Denn schon lange vor der jetzigen EU-Taxonomie-Verordnung hat EU/EURATOM im Jahr 2011 mit dem „Energiefahrplan 2050“ für den Ausbau der Atomenergie und im Jahr 2016 mit dem „Hinweisenden Nuklearprogramm“ gemäß § 40 des EURATOM-Vertrages, für Investitionen in den Kernbrennstoffkreislauf zwischen 2015 und 2050 insgesamt 650 bis 760 Mrd. Euro vorgesehen (Brüssel, den 4.4.2016 COM(2016) 177 final). Österreich finanziert EURATOM mit ca. 40 Mio. Euro im Jahr und durch seinen jährlichen EU-Beitrag von ca. 4 Mrd. Euro auch die EU-Atompolitik mit, zu der auch die Atomfinanzierungen der EU-Investitionsbanken ERBD und EIB gehören.

- **Kein Geld aus Österreich für die Atom(rüstungs)industrie**

Österreich hat 1978 per NEIN-Volksentscheid die Atomnutzung abgelehnt, 1999 per BV-Gesetz „für ein atomfreies Österreich“ die Teilnahme an der zivilen wie militärischen Atomnutzung verboten und sich schon 1955 per Verfassungsgesetz zur immerwährenden Neutralität, somit zur Nichtteilnahme an Militärblöcken und Kriegen, also zum Frieden, verpflichtet. Die EU-Taxonomie-Verordnung, die im Namen von Klimaschutz jetzt Milliarden für Atomstrom- und Atomrüstung umlenken will, ist ein Schlag ins Gesicht des österreichischen Atom-NEINs und der Neutralität Österreichs.

**Das Umweltministerium will gegen die EU-Taxonomie-Verordnung Klage beim EuGH einbringen. Das ist zu wenig und soll nur Kritiker beruhigen!**

**Einstellung aller Zahlungen an EURATOM und in die EU-Atomtöpfe!**

**Austritt Österreichs aus EURATOM und IAEA!**

**Verwendung der so jährlich freiwerdenden Millionen für Klimaschutz und Soziales!**

**Aktive Neutralitätspolitik statt Teilnahme an EU-Atom- und Aufrüstungspolitik!**

Kontakt & Rückfragen an den Veranstalter: Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg  
[ggae@gmx.at](mailto:ggae@gmx.at) \* [www.atomgegner.at](http://www.atomgegner.at) \* 0650 830 7 830

Unterstützer\*innen: Anti Atom Komitee, Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit (AbFaNG), Artists for Future (A4F), Atomstopp Oberösterreich, Bürgerinitiative Rettet die Lobau - Natur statt Beton, FriedensAttac, Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg (GGAE), Jugendrat, Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB), KPÖ-Graz, KPÖ-Wien, Österreichische Mediziner\*innen gegen Gewalt und Atomgefahren (IPPNW-Österreich), Österreichischer Friedensrat, Österreichisches Solidaritätskomitee (ÖSK), Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) Salzburg, Plattform pro Demokratie, Solidarwerkstatt Österreich (SWÖ), Wiener Plattform Atomkraftfrei

Redner\*innen: Dr. Klaus Renolder, Österr. Mediziner\*innen gegen Gewalt und Atomgefahren (IPPNW-Österreich); Lena Schilling, Jugendrat; Elfriede Schoitsch, Solidarwerkstatt Österreich; Univ-Doz. Dr. Peter Weish, BOKU, AbFaNG, FWU, Naturschutzbund; Mag. Stephan Auer-Stüger, LAbg., GR, in Vertretung von Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky; Dr. Wilfried Leisch, Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg, ÖSK; Vertreter\*innen von: Artists for Future + Wiener Plattform Atomkraftfrei; Grußworte: Prof. Dr. Helga Komp-Kolb, CCCA, S4F, FWU; Elke Kahr, atomstopp\_oö, Bürgermeisterin, KPÖ-Graz. Angefragt: Bundesministerin Leonore Gewessler, BA.

# Militarisierung wohin man schaut!

**Ohne es zu reflektieren erleben wir seit Jahrzehnten eine zunehmende Militarisierung in unserer Sprache, in den Medien und vor allem in der stärkeren und aggressiveren Präsenz von Militär und Polizei.** Beginnend mit dem Krieg in Jugoslawien, der einen Endpunkt des vorausgegangenen Kalten Krieges gegen den Pseudokommunismus des staatskapitalistischen Ostblocks darstellte, setzten sich die ständigen Kriege nach dem Anschlag auf die Doppeltürme in New York mit dem „Kampf gegen den Terror“ mit Millionen Toten und Flüchtlingen in den Folgekriegen fort, also Terror zur Potenz. Es folgte der Krieg gegen den Islam, gegen Flüchtlinge, gegen Schlepper und letztlich auch gegen das Coronavirus.

Um die vorsätzliche Hilflosigkeit der, nur den Wünschen der Wirtschaft folgenden Regierung zu kaschieren, wurden auch hier die Sprache und die Maßnahmen immer propagandistischer und militanter.

**GECKO** mit dem „Chief Medical Officer“ aus dem Gesundheitsministerium und einem **Generalmajor** im Tarnanzug, Ex-Gendarmen und Verteidigungsminister bei den Landeshauptleuten und die ebenfalls recht militant auftretenden Wirtschaftsvertreter bringen das ganz deutlich zum Ausdruck. Die gelegentlich aufscheinenden „Experten“ und Wissenschaftler erkennen zwar manchmal ihre Feigenblattfunktion, aber müssen sich ja auch ernähren. Von Gräuelpopaganda und Drohungen gegen nicht oder nicht dreifach Geimpfte bis zu Heilsbotschaften durch die „Drei Musketiere“ in der Fernsehwerbung für die dritte Impfung wird eine breite Propagandapalette aufgeboten. Zwischendurch tritt immer wieder unsere tapfere Verteidigungsministerin in Erscheinung, wenn sie Truppen in den Kosovo oder nach Mali verabschiedet und betont, dass die Außengrenzen unserer Wertegemeinschaft militärisch geschützt werden müssen. Analog zur allgemeinen Wehrpflicht, deren Ausweitung und Aufrüstung als beschlossen gilt, gibt es in Österreich exklusiv auch eine allgemeine Impfpflicht. Obwohl der Schutz vor weiteren Infektionen und die Weiterverbreitung von bis dato nicht bekannten Virusvarianten nicht gegeben ist und damit der Schutz des Gesundheitssystems vor Überlastung nicht möglich ist, sollte paradoxerweise eine erzwungene weitere Impfung für eventuell im Herbst auftretende neue Varianten helfen. Anstelle von höchst notwendigen Änderungen unserer äußerst ungesunden Lebensumstände, unseres Gesundheits- und Sozialsystems hat man nun den Vollzug dieses Gesetzes für zwei Monate ausgesetzt. Man will natürlich ein so mächtiges Instrument zur staatlichen Gewaltausübung nicht aus der Hand geben und für den zukünftigen Gebrauch auf-rechterhalten.

Obwohl unser Außenminister Schallenberg als Vertreter des, wie es deutsche Medien bezeichneten, „am Papier neutralen Österreich“ an der letzten Münchner Sicherheitskonferenz teilgenommen hat, sind ihm wichtige Details zur Impfung anscheinend entgangen. Bei der sogenannten „Sicherheitskonferenz“ in München treffen Politiker auf NATO-Militärs, Geheimdienstler und jede Menge Konzernvertreter, um über die eigenen Rüstungs- und Großmachtambitionen zu beraten. Ausgerichtet wurde der Event heuer zum letzten Mal vom erklärten Atomwaffenanhänger Wolfgang Ischinger, der über seine Beratungsfirma nicht schlecht am Stelldichein der Kriegstreiber und -profiteure verdient.



Entgangen dürfte unserem, sich den Militärmächten USA, NATO, Deutschland, Frankreich anbietenden Außen-Minister sein, dass im Rahmen dieser Kriegskonferenz des militärisch-politischen Komplexes, Bill Gates, die Lichtgestalt der pharmazeutischen Impfindustrie, der noch vor kurzem die Immunisierung der gesamten Weltbevölkerung propagiert hatte, angesichts des wichtigeren Krieges in der Ukraine einen „Waffenstillstand“ an der Impffront ausgerufen hat. Er erklärte bei dieser Konferenz, „*dass die Omikron-Variante des Coronavirus als eine Art Impfstoff angesehen werden kann, die schneller unter die Leute komme, als die von der Pharma-industrie hergestellten*“.

Also man wusste schon vor dem Einmarsch russischer Truppen, dass der Krieg gegen Corona vorerst einmal auf Eis gelegt werden muss, denn es gibt jetzt für die multinationalen Großkonzerne einen wichtigeren Krieg zu führen. Die Militarisierung und das Waffengeschäft, der Krieg um Rohstoffe, Einflusszonen, Macht und Herrschaft haben beim „**Boostern**“ nun absoluten Vorrang vor dem Geschäft mit der Gesundheit.

Weltweit wurden im Westen auch trotz extrem hoher Infektionszahlen und Todesraten die Beschränkungen zur Eindämmung der Pandemie aufgehoben. Auch bei uns herrscht ein Rekordniveau bei den Infektionszahlen und täglich sterben

30 bis 40 Menschen an Corona. Aber das betrifft vorwiegend volkswirtschaftlich nicht so interessante Alte und Kranke und erfolgt wegen der geringeren Lungenbeteiligung zumeist nicht auf den Intensivstationen, sondern daheim oder auf den Normalstationen der Krankenhäuser.

Mit der Generalmobilmachung gegen das Virus, die exklusiv in Österreich mit der allgemeinen Impfpflicht ausgerufen wurde, weiß man jetzt nicht so richtig wohin. Einerseits sind noch Millionen von schon gekauften Impfdosen zu verimpfen, andererseits wird die Sinnhaftigkeit der Impfung immer vager.

Was für die Bevölkerung bleibt, sind aber die Kosten der Pandemie, die nun von den Kosten für die militärische Aufrüstung übertroffen werden.

Selbst die geplanten Almosen für die Bevölkerung für Heizen, Teuerung, Coronageld und ähnliches werden wohl darunter leiden. Es geht nicht um die Verschwörungstheoretiker, die man immer wieder gerne zur Abschreckung vorführt, sondern in den Führungsspitzen von Politik und Kapital gibt es „Verschwörungspraktiker“ und die sind übereingekommen, die Bevölkerung weiter und intensiver auszurauben. Pharmakonzerne sowie die Waffenindustrie lassen neben anderen durch ihr Wirken die Schere zwischen arm und reich noch weiter

auseinanderklaffen. Die vorgegaukelte Sicherheit durch Waffen, Rüstung und Militarisierung, die polizeiliche Überwachung der Gesellschaft mit der zusätzlichen potentiellen Verpflichtung zum „Impfen gegen alles“ verhindern eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit den Problemen Klima, Artensterben und Soziales. Diese großen Probleme hängen eng zusammen und können nur gemeinsam und ohne Waffen und Krieg gelöst werden.

Stattdessen gibt es ständig aber den einen, wirklich Krieg, wie der Milliardär Warren Buffet schon vor Jahren sagte und kein Verbrechen gegen die Menschheit wird dabei gescheut. Nämlich der Krieg „reich gegen arm“ und wir müssen alles tun, dass dieser Krieg erkannt wird und für die Kriegsverbrecher verlorengelht.

Warren Buffet:

**"Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen"**

Quelle: [https://de.wikiquote.org/wiki/Warren\\_Buffett](https://de.wikiquote.org/wiki/Warren_Buffett); bzw. Zitiert bei Mika Hoffmann, Ferdinand Bertram und Oliver Janich. Warren Buffett - Milliarden-Macher. Focus-Money online 25.03.2004

### ***Liebe Kolleginnen und Kollegen!***

**Wir danken** für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

*Mit kollegialen Grüßen*

*„Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg“*

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

**Offenlegung** nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida

Österreichische Post AG  
**SP 20Z042140 S**  
Gewerkschafter gegen Atomenergie  
Stiftgasse 8, 1070 Wien

**Datenschutzerklärung** siehe:  
[www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum/](http://www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impressum/)

### **Spendenkonto**

bei der BAWAG P.S.K.

**IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650**

BIC: BAWAATWW; **Empfänger\*in:** Gewerkschafter gegen Atomenergie, **Verwendungszweck:** Spende

